

Gesinnung: Schwarz-Weiß-Rot

Schlagende Verbindungen — Avantgarde der Militaristen an westdeutschen Hochschulen

Nur deshalb ist die 79. Tagung des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten (VVDS-Kyffhäuserverband) für uns von Interesse, weil ein merkwürdiger Beschluß den Charakter der reaktionären Studentenkorporationen so recht ins richtige Licht setzt. Er beschloß nämlich, die an der „Freien Universität“ Berlin bestehende Unterorganisation aus dem Verband auszuschließen. Was war geschehen? Weshalb wurde diese Verbindung verstoßen? Welche Grundsätze sind das, die sie verletzt hatte?

Sicher wurde ihr der Beschluß verübelt, daß in Zukunft bei Kommissen die Chargierten nicht mehr Kneipjacken, Schärpen und Säbel tragen sollen. Aber der Verzicht auf diese traditionellen „gemeinschaftsbildenden“ Bräuche war gewiß nicht das Schlimmste, wenn auch ein gehöriger Verstoß gegen Disziplin und Ehrauffassung des Gesamtverbandes. Daß dies in der Tat nicht die wichtigste Frage ist, um die es hier geht, wenn auch die ultrareaktionären Kräfte in dieser Sache keinen Schritt zurückgehen, zeigt beispielsweise die Tatsache, daß der 65. Korporation umfassende „Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine „Unitas““ das Farbringen, Duell und Mensur als nicht mehr zeitgemäß ablehnte mit der Begründung, die Existenzberechtigung des Verbandes ergebe sich aus „staatspolitischen Bildungs- und Erziehungsaufgaben“.

Doch eben das ist es, worum es auch dem Kyffhäuserverband beim Berliner Verein geht. Die „Welt“ berichtet darüber: „Besonders verübelt wurde den Berlinern ihre kritische Einstellung gegenüber dem Wahlspruch „Mit Gott für Volk und Vaterland“ und den Farbsymbolen Schwarz-Weiß-Rot.“ Aber das ist noch nicht alles, vielmehr jetzt erst kommt das Hauptvergehen: In Vortragsveranstaltungen und Arbeitskreisen diskutierte er „vor allem die Theorie und Praxis des Kommunismus und die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie... In dieser Programmgestaltung sahen die „Alten Herren“ schon seit langem eine Opposition gegen die Verbandsideologie...“ Jedenfalls — so wurde der Ausschuß begründet — sei der Berliner Bund nicht mehr seiner Aufgabe der „Erziehung charakterfester deutscher Männer“ gerecht geworden, sondern er habe lediglich politische Probleme in sogenannter Objektivität erörtert.

Aus der Redeweise des Antikommunismus ins Deutsche übertragen heißt das aber nicht anderes als: Sie haben über die Lebensfragen des deutschen Volkes gesprochen, und wie aus den Formulierungen zu entnehmen ist, kam es dabei nicht immer zu einer dümmlichen Ignoranz des Sozialismus in der DDR und wurde der westlichen Freiheit und Demokratie, die von Tag zu Tag im Zuge der völligen Militarisierung des öffentlichen Lebens immer mehr ramponiert wird, beileibe nicht immer ungeteiltes Lob zuteil.

Es mag dahingestellt bleiben, ob in dem Berliner Verband tatsächlich eine starke demokratische Bewegung entstanden war — eines jedoch wird aus der ganzen Angelegenheit klar: der heutige reaktionäre Charakter und die Zielstellung der schlagenden und farbragenden Verbindungen an den westdeutschen und westberliner Universitäten und Hochschulen. Sie nennen es: „Erziehung zu charakterfesten deutschen Männern“, „Bindung an unveränderliche Werte wie Ehre, Volk und Vaterland“. Im einzelnen aber sieht das so aus: „... verstärkte Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie im Rahmen einer intensiven politischen Bildung der Studentenschaft...“ („Industriekurier“ vom 4. Juni 1960 über die Jahres-

versammlung des größten Studentenverbandes in der Westzone, des Cartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen). Oder: „Der UV (Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine „Unitas“) hat auch Verbindung zur Bundeswehr aufgenommen. Durch Paketaktionen wird Kontakt zu Studenten an ostzonalen Universitäten unterhalten.“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 9. Juni 1960.)

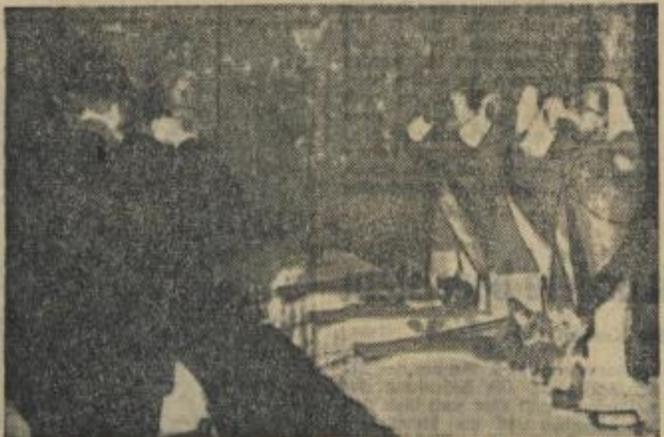
Die Korporationen und die in ihnen tonangebenden „Alten Herren“ — reaktionäre Beamte des Adenauer-Staates — sind also die Avantgarde des militaristischen Bonner Regimes unter der Studentenschaft. Dem entspricht durchaus ihr Auftreten in der Öffentlichkeit, dem entsprechen die Farben Schwarzweißrot. Sie flankieren Adenauer-Minister auf Hetzveranstaltungen, wo Revanchepäne verkündet werden, und sie beschimpfen die sozialdemokratischen Studenten, von denen die Mehrzahl konsequent gegen die Atomaufrüstung in der Bundesrepublik auftritt, als „Rote“.

Aber fest steht auch, daß die Korporationen nicht mehr allein das politische Gesicht der Studentenschaft bestimmen, etwa so wie in

der Weimarer Republik. Die „Welt“ kommt sogar zu der Einschätzung: „Hinterzimmervereine“, worauf aber die Korporierten mit heftigen Ausfällen antworteten. Bezeichnenderweise müssen aber auch sie eingestehen, „daß die Lage Berlins und die politischen Gegebenheiten unserer Stadt es im Augenblick jedenfalls nicht angemessen erscheinen lassen, Couleur in der Öffentlichkeit — mit Ausnahme von besonderen Veranstaltungen — zu tragen.“

So sieht es also aus: Die reaktionären Studentenverbindungen versuchen, ihren früheren Einfluß wiederherzustellen, aber keineswegs gelingt es ihnen noch, die demokratischen Kräfte, die demokratischen Studentenorganisationen mündig zu machen. Der SDS als deren bedeutendster Repräsentant kapituliert nicht vor dem RCDS und den Korporationen wie die SPD vor der CDU. Die demokratischen Kräfte an den Hochschulen Westdeutschlands und Westberlins widersetzen sich der Torheit Antikommunismus zunehmend und schließen sich immer mehr zusammen im Kampf gegen die Militarisierung des westdeutschen Hochschulwesens.

Günter Lippold



Das Danaer-Geschenk der Thyssens

Wir hatten bereits die Gelegenheit wahrgenommen, um auf die Pferdefüße bei der von vielfältigen Lobpreisungen in der Westpresse begleiteten Errichtung der „Fritz-Thyssen-Stiftung“ durch die Erbinnen des Thyssen-Konzerns hinzuweisen — darauf, daß es dabei nicht viel auf sich hat mit einer „uneigennütigen Förderung von Wissenschaft und Forschung“ (die von Strauß bis auf die Haut ausgeplündert wurde), sondern doch handfestere Gründe hier eine Rolle spielen, als der „Stolz auf den Familiennamen“.

Wenn auch sogleich wenige Tage nach der Bekanntgabe der „Stiftung“ Frau Amelie Thyssen dafür aus der Hand des Bundeskanzlers das große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Bundesverdienstordens empfangen konnte, so war doch die Meinung zu dieser „hochberzogenen Tat“ der „Stifterinnen“ auch im westlichen Blätterwald nicht ungeteilt. Vielmehr vermittelt die „Welt der Arbeit“, die Wochenzeitung des DGB einige Fakten, die eindeutig bestätigen: Kapitalisten tun nichts, was nicht zu ihren Gunsten ist.

WELT DER ARBEIT

Thyssen-Stiftung einmal ohne Glorienschein

Die Familie hat auch beträchtliche Vorteile von ihrer Überraschenden Tat

Wenn Frau Amelie Thyssen und ihre Tochter, Gräfin de Zichy-Thyssen, die bei der August-Thyssen-Hütte bzw. der Phoenix-Rheinstahl eine Beteiligung im gegenwärtigen Kurswert von 1,1 bis 1,3 Milliarden D-Mark besitzen, davon der Stiftung Aktien im Nennwert von 100 Millionen D-Mark und im Kurswert von 380 Millionen D-Mark zur Verfügung stellen und — gemessen an der letzten Ausschüttung — damit jährlich zehn Millionen D-Mark für die „Stiftung“ verwendet werden könnten, dann heißt das durchaus nicht zugleich, daß diese zehn Millionen auch aus der Tasche der Familie Thyssen kommen. Vielmehr sind es nur 2,8 Millionen, die restlichen 7,2 Millionen hätten sie an Einkommens-, Vermögens- und Kirchensteuern für Dividende und Vermögen zahlen müssen, wenn sie nicht die Stiftung errichtet hätten. Sie kommen also im Grunde genommen, da der Staat diese Steuern jetzt nicht mehr erhält, aus der Tasche der Masse der Steuerzahler. Außerdem würde das „gestif-

tete“ Vermögen von einer künftigen Erbschaftsteuer befreit, die es wesentlich geschmälert hätte. Aber welches sind unmittelbar die eigenen Vorteile der Familie Thyssen? Da das „gestiftete Kapital“ weiterhin Eigentum der beiden „Stifterinnen“ bleibt, während die Stiftung vorerst nur ein Nutzungsrecht hat, ist es ein geeignetes Mittel, um die beiden Teile des antwortlichen Kriegsverbrecherkonzerns Thyssen, dessen Erbinnen Amelie Thyssen und Gräfin de Zichy-Thyssen sind, wieder unauffällig zusammenzufächeln.

Und „selbst wenn später, wie angekündigt wurde, eine Übertragung der zur Verfügung gestellten Aktien auf die Stiftung erfolgen sollte“ — so schreibt die „Welt der Arbeit“ — „bleibt aber auf alle Fälle gewährleistet, daß die Stimmrechte dieses großen Aktienpaketes weiter im Sinne der Thyssen-Familie ausgeübt werden.“ — Das geht klar aus der Zusammensetzung des siebenköpfigen

Eine legale KPD im Interesse aller Demokraten

Vor vier Jahren verbot Adenauer die KPD

Vier Jahre sind seit dem Karlsruhe Schandurteil vergangen, seit jenem Versuch der Bundesregierung, die konsequenteste Verfechterin der Interessen des Volkes, der Nation, die Kommunistische Partei Deutschlands aus dem politischen Leben auszuschalten.

Es war nicht das erste Mal, daß die Bourgeoisie einen Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes, denn um nichts anderes handelte es sich bei diesem Urteil — unternahm. Immer dann, wenn es um die Durchsetzung imperialistischer Macht- und Raubgelüste ging, immer dann, wenn das deutsche Volk in ein Kriegsabenteuer hineingerissen werden sollte, wurden als erstes die Kommunisten und Sozialisten unterdrückt und verfolgt, wurden von den Hochverrättern der Nation „Hochverratsprozesse“ gegen die Vertreter nationaler Interessen und demokratischer Rechte und Freiheiten inszeniert, wurden die demokratische Gesetzlichkeit über Bord geworfen und Sozialisten und Kommunisten in die Illegalität getrieben.

Die Bonner NATO-Politik, die Remilitarisierung, die Kriegsvorbereitung gegen die Länder des Sozialismus liefen unter Führung des westdeutschen und USA-Imperialismus auf Hochtouren. Ihr integrierender Bestandteil war das Verbot der KPD. Das ist heute nach der Aufdeckung der konkreten Kriegspläne für jeden klarer denn je. Die Adenauer-Clique fürchtete die Partei, die unermüdet, keine Opfer scheuend, ihre Kräfte einsetzte, um die werktätigen Massen aufzuklären über die Folgen der Adenauer-Politik, über die verbrecherische Bedrohung des Friedens. Sie fürchteten die Partei, die die Massen für die Politik des Friedens, der Verständigung, für soziale Sicherheit, für parlamentarisch-demokratische Verhältnisse mobilisierte und zum aktiven Kampf gewinn.

Jedoch bezeugt die Erfahrung vier Jahrzehnte, daß die Verfolgungen der Kommunisten auch noch weiterstreckten Zielen dienen. Sie dienen stets als Signal zum Angriff der Reaktion gegen alle demokratischen Parteien und Organisationen, gegen alle Gewerkschaften, gegen alle oppositionellen Elemente. Nach den Kommunisten werden die linken Sozialisten verfolgt, danach alle Sozialisten; sodann kommen die bürgerlichen Liberalen an die Reihe und nach ihnen überhaupt alle, die zur Diktatur des Monopolkapitals auch nur in der geringsten Opposition stehen.“ (Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“).

In der Tat! Vier Jahre Verbot der KPD — das sind vier Jahre Kriegsvorbereitungen, vier Jahre konzentrierter Angriff auf demokratische Rechte und Freiheiten, vier Jahre Abbau der sozialen Leistungen. Bekämpfung aller Gegner der Atombewaffnung, Bekämpfung aller Kontakte, die der Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung dienen. Drohungen gegen die Gewerkschaften, Unterdrückung freier Wissenschaft, Notstandsgesetze gegen jedwede Opposition — das alles ist dem KPD-Verbot gefolgt!

Die einzige Partei in Westdeutschland, die diesem Kriegsprogramm ein konsequentes Programm des Friedens, der Demokratie und des sozia-

len Wohlstandes entgegensetzen kann und entgegensetzt, ist die KPD. Ihr Kampf ist die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik proklamiert. Ebensovienig wie der illegale Kampf der KPD gegen das Nazi-Regime ist der illegale Kampf der KPD gegen das Adenauer-Regime rechtswidrig. Im Gegenteil: als Kampf um die Verteidigung des Friedens und die Interessen der Nation besitzt er die höchste Legitimität.

Der Kampf um die Aufhebung des Verbotes der KPD ist daher eine Angelegenheit aller demokratischen und friedliebenden Kräfte. Wo die Kommunisten verfolgt werden, dort gibt es keine Demokratie und Freiheit.

Deshalb gilt am 17. August unser Gruß allen Genossen der KPD, die unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität das Banner des Friedens, der Demokratie und des sozialen Wohlstandes vorantreiben. Ihr Kampf, der ein Höchstmaß an persönlicher Einsatz- und Opferbereitschaft erfordert, muß gerade uns, die junge Generation, der studentischen Jugend, Beispiel und Mahnung sein. Der Kampf um die Aufhebung des rechtswidrigen KPD-Verbotes ist nicht zuletzt auch Sache aller aufrechten Wissenschaftler. Dort wo die fortschrittlichen Kräfte des Volkes unterdrückt werden, kann auch die Wissenschaft nicht frei gedeihen, ist sie bedroht vom Mißbrauch durch imperialistische Kriegsinteressen und Völkerfeindschaft.

Joachim Wessely

Frau Prof. Riemeck rehabilitieren!

Physikstudenten protestieren beim Kultusminister von Nordrhein-Westfalen

Wir Teilnehmer des sozialistischen Studentenlagers des Physikalischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig sind empört über die Maßregelung von Frau Prof. Renate Riemeck.

Wir erklären, daß wir voll hinter Frau Prof. Riemeck stehen, die durch ihr Auftreten gegen die Atomaufrüstung Westdeutschlands und durch ihr Eintreten für die Verständigung zwischen unseren beiden deutschen Staaten unsere ganze Sympathie erworben hat. Gerade in letzter Zeit verschärft sich das Kesseltreiben gegen aufrechte Deutsche in Westdeutschland, die gegen die volksfeindliche Politik der Adenauer-Regierung auftreten. Mit Ihrem Vorgehen gegen Frau Prof. Riemeck machen Sie sich mitverantwortlich an dem Wiedererstarken des deutschen Militarismus.

Wir fordern, daß die Maßregelung, die nur zu deutlich an die Terrormethoden der Faschisten erinnert, sofort eingestellt und die gegen Frau Prof. Riemeck getroffenen Maßnahmen rückgängig gemacht werden.

Die Teilnehmer des sozialistischen Studentenlagers in Böhlen

Stiftungskuratoriums hervor, dem ausschließlich mit der Thyssen-Familie verbundene Personen angehören.“ Und an erster Stelle in diesem Kuratorium steht bezeichnenderweise kein geringerer als Bankier Robert Pferdmenges, neben ihm Aufsichtsräte der Konzernbetriebe und Vermögensverwaltungen der Familie Thyssen — aber kein Wissenschaftler. Am Schluß ihrer Betrachtung schlägt die „Welt der Arbeit“ vor: „Wollten die Thyssens wirklich die „Uneigennützigkeit“ ihrer Stiftung stärker betonen, so sollten sie in das Kuratorium unabhängige Wissenschaftler und Vertreter der Arbeitnehmerschaft berufen. Schließlich beruht die Ansammlung des riesigen Thyssen-Vermögens weitgehend auf der Arbeitsleistung der Arbeitnehmer. Oder hat man das ganz vergessen?“

Nein, können wir nur sagen, man hat es nicht vergessen, eben deswegen das große Geschrei um die angeblich eigene Großherzigkeit, eben deswegen die Bestrebungen, den ergaunerten Reichtum auf Kosten anderer günstig zu bewahren und zu mehren, eben deswegen diesen Köder für die ausgeplünderte Wissenschaft, die mit am meisten für die Aufrüstung bluten muß. Mit der „Stiftung“ schlagen die Thyssens also viele Fliegen mit einer Klappe. Nicht zuletzt haben sie den Eindruck erweckt, daß die Wissenschaft großzügig bedacht wird im Bonner Staat, während es in der Tat um ihre eigene Sache geht und sie darüber hinaus selbst bestimmen, wo und wie dieses Geld in der Wissenschaft und Forschung verwendet wird.

G. L.

Universitätszeitung, 17. 8. 1960, S. 3